



139/2014

Kiel, 8. Dezember 2014

Zuwanderungsbeauftragter: CSU-Vorschlag zum Sprachverbot in Familien schürt Vorbehalte gegen Migranten

Kiel (SHL) – Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Stefan Schmidt hält die Forderung der CSU, im öffentlichen Rahmen und in der Familie deutsch zu sprechen, für kontraproduktiv und geeignet, Vorbehalte gegen Migranten zu schüren.

„Unabhängig davon, ob dieser Antrag noch abgeschwächt werden soll, empfinde ich die Vorgabe an mehrsprachige Familien, zu Hause oder in der Öffentlichkeit miteinander deutsch zu sprechen, als eine völlig unangemessene Einmischung in das Privatleben von Menschen. Das kann nicht hingenommen werden“, so Schmidt heute in Kiel. In unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft habe jeder das Recht, die Sprache zu gebrauchen, die er möchte - und das überall, so der Beauftragte.

„Statt sich über die Kompetenz von mehrsprachig aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen zu freuen, wird Stimmung gegen Teile der Bevölkerung gemacht. Hier wird unterstellt, nur das permanente Sprechen von Deutsch in der Familie würde der Integration dienlich sein. Das ist wissenschaftlich nicht belegbar“, sagte Schmidt weiter.

Gerade Muttersprachler sollten bei diesem Thema sehr sensibel sein, da bei vielen Angehörigen deutscher autochthoner Minderheiten das Nutzen der eigenen Sprache verboten gewesen war und im Übrigen immer noch Voraussetzung sei, um als Spätaussiedler in Deutschland anerkannt zu werden.